Dienstag, 1. Februar.

Der Westfälische Merkur erscheint täglich zweimal, an Sonn- und Feiertagen sowie Montags einmal.
Redaktion: Lütkegasse 1—3. Sprechstunden 19—11 Uhr vorm.
Telegramm-Adresse: Merkur, Münsterwestf.
Fernspr.: Redaktion 203 u. 3217, Geschäftsstelle 3217 u. 3218.
Anzeigenpreis:
Der Raum für die Anzeigenspalte 36 mm breit, 1 mm hoch, 80 ₰; für die Reklamespalte 90 mm breit ℳ 1,50, zuzüglich 10 Prozent Teuerungszuschlag.
Anzeigen-Annahme: In Münster Königstraße 59 sowie sämtliche Annoncen-Bureaus des In- und Auslandes.

Westfälischer Merkur.

Begründet 1822. **Abend-Ausgabe.** 100. Jahrgang.

1921. — Nr. 51.

Bezugspreis:
Monatlicher Bezugspreis für Münster 5,— ℳ frei ins Haus gebracht; bei den deutschen Postanstalten ebenfalls 5,— ℳ einschließlich Bestellgeld, bei zweimaliger Zustellung.
Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Einzelnummer: Zu haben in der Geschäftsstelle, den Zeitungskiosken, an den Bahnhöfen 2c. das Stück 20 Pfennig.
Geschäftsstelle: Königstr. 59. Geöffnet vorm. v. 8—12½ Uhr, nachm. v. ½3—6 Uhr. Postscheckkonto: Amt Cöln 14 622.

⚔ In die Sklaverei?

In den ersten Mitteilungen, die am Montag unser Außenminister über die Pariser Beschlüsse dem Reichstag machte, ist besonders zu achten auf die Unterscheidung zwischen den Entwaffnungs- und zwischen den Entschädigungsbestimmungen.

Die Beschlüsse in der Entwaffnungsfrage, sagt der Minister, werden als endgültig bezeichnet, während die Entschließungen in der Reparationsfrage derart sind, daß sie zunächst als Propositionen (Vorschläge) zu bezeichnen sind, von denen allerdings mit einem gewissen Nachdruck gesagt wird, daß sie einstimmig angenommen worden sind. Gleichzeitig wird die deutsche Regierung eingeladen, qualifizierte Vertreter Ende Februar nach London zu entsenden.

Demgemäß bleibt noch eine gewisse Möglichkeit, daß durch weitere Verhandlungen die Beschlüsse von Paris auf ein erträgliches Maß und eine vernünftige Form zurückgeführt werden können. Diese Möglichkeit ist der letzte Hoffnungsanker, der uns in dieser Schicksalsstunde bleibt. Denn im andern Falle, wenn der Pariser Erpressungsbeschluß unverändert bleiben soll, erscheint der Wiederausbruch des Krieges unvermeidlich.

Was da gefordert wird, kann Deutschland nicht leisten und also auch nicht versprechen. Wenn aber die Zustimmung und Mitwirkung Deutschlands fehlt, so können sich die Sieger ihre Beute nur mit Gewalt holen. Das wäre die Erneuerung des Kampfes, der zunächst auf Deutschland vernichtend wirken, aber dann auch Frankreich und ganz Europa in heillose Verwirrung und Not stürzen würde.

Haben die Herren in Paris während der Nachtsitzung, die durchaus eine Einigungsformel finden wollte, sich diese verhängnisvollen Folgen des Diktates klar gemacht? Lloyd George, der überraschenderweise nachgab, scheint des Sängers Fluch zu ahnen; denn er sagt in seinen Auslassungen zur Presse: „Die Deutschen haben nun Zeit, vor der Konferenz von London unsere Beschlüsse zu studieren. Wenn sie Einwendungen haben, die sich hören lassen, werden wir sie in Erwägung ziehen. London soll ein neues Spaa werden, wo wir mit den Deutschen Auge in Auge verhandeln." Er fügt freilich hinzu, bei ungerechtfertigten Ansprüchen u. Widerstand würden die Zwangsmaßnahmen automatisch zur Anwendung kommen. Solche Drohung gehört zum diplomatischen Handwerkszeug und ist nicht neu. Wir dürfen uns nicht auf das Mitleid der Sieger verlassen; ja nicht einmal auf ihre Gerechtigkeit, wenn auch die vorliegenden Beschlüsse über das Vertragsrecht von Versailles in verschiedenen wesentlichen Punkten hinausgehen. Was uns helfen kann ist nur der überzeugende Nachweis der Unmöglichkeit. Denn daraus ergibt sich für die Entente die entscheidende Frage: Können wir die erstrebte Beute mit Gewalt aus Deutschland herausholen, wenn es zum Zusammenbruch getrieben ist, oder ist es profitabler, die Forderungen soweit zu ermäßigen, daß Deutschland arbeitswillig und zahlungsfähig bleibt? Wenn die Herrschaften eine vernünftige Politik der Nützlichkeit treiben wollen, so müssen sie von den Pariser Forderungen einen großen Teil wieder preisgeben. Wollen sie aber mit Foch und Poincaré von Haß und Rache sich leiten lassen, dann würde auch die Unterwerfung der deutschen Regierung nicht helfen können; denn bei der nächsten Versagung unserer Leistungsfähigkeit würden die Zwangsmaßregeln und ihre verrichtenden Wirkungen sich „automatisch" einstellen.

Dürfen wir überhaupt noch rechnen auf eine Aenderung der Gesinnung oder wenigstens der Methode auf der Gegenseite? Zur Stütze dieser Hoffnung kann man darauf hinweisen, daß in der Politik der Entente sich schon manche Schwankung gezeigt hat. In Boulogne hatte man sich über die Feststellung einer eGsamtsumme geeinigt. Dann kam aus Frankreich der Vorschlag, zunächst eine fünfjährige Probeleistung zu beschließen und inzwischen das weitere vorzubereiten. Die deutsche Regierung erklärte sich bereit, auf dieser Grundlage zu verhandeln, und die bereits tagende Konferenz der Sachverständigen in Brüssel erschien dazu sehr geeignet. Plötzlich fuhr die Pariser Konferenz dazwischen; das fünfjährige Provisorium wurde fallen gelassen, und Frankreich warf sich mit ganzer Wucht für die einseitige Feststellung einer maßlosen Gesamtsumme ins Zeug. Wie Frankreich seine Taktik vor der Konferenz gewechselt hatte, so tat es der englische Machthaber auf der Konferenz. Erst kritisierte er die französischen Forderungen aufs schärfste und hielt die Zuziehung von deutschen Vertretern für nötig; dann ließ er sich, um die „Einigkeit der Entente" äußerlich zu retten, zum Umfall in der Hauptsache drängen. Es ist nicht anzunehmen, daß er auf seine stillen Vorbehalte endgültig verzichtet hat. Und es ist auch nicht unbedingt ausgeschlossen, daß die französischen Minister, nachdem sie im glänzenden Schein des Sieges auf dem Papier heimgekehrt sind, nach und nach der Unmöglichkeit Rechnung tragen.

Es hängt sehr viel von der Haltung unserer Regierung und des Reichstags ab. Im letzteren herrscht nach allen bisherigen Nachrichten mit seltener Einmütigkeit die Erkenntnis, daß es so nicht geht, wie es in Paris gedacht ist. Wenn das deutsche Volk sich einig und entschlossen zeigt, so wird auch diese Krisis sich hoffentlich überwinden lassen, ohne daß es zum Schiffbruch kommt.

*

Der Ernst der Lage.

Tll. **Berlin**, 1. Febr. **(Telegr.)** Der außerordentliche Ernst der Lage ergibt sich aus dem Umstand, daß die Reichstagsfraktionen bis in die späten Abendstunden getagt haben. Die Sitzung des Reichskabinetts dauerte bis gegen 9 Uhr. Die in dieser Sitzung gefaßten Entschlüsse sind noch nicht bekannt. Von zuständiger Stelle wird u. a. mitgeteilt: Die Forderungen hinsichtlich der Entwaffnung gehen weit über den Friedensvertrag hinaus. Die Ablieferung und Zerstörung des Kriegsmaterials ist ziemlich weit vorgeschritten. Was noch vorhanden ist, ist ein Rückstand, aus dem eine Auswahl für die Reichswehr vorgenommen werden soll. Deutschland hatte bezüglich der deutschen Schutzwehr darum ersucht, daß kein fester Termin für die Auflösung vorgesehen werde, bevor nicht der Friede zwischen Polen und Rußland vollständig hergestellt sei. Der jetzt festgesetzte Termin für die Auflösung bedeutet ein glattes Hinwegsehen über das deutsche Ersuchen. Die Festung Königsberg soll nur 22 Geschütze behalten, d. h. auf je 9 Kilometer ein kleines Geschütz. Die vorhandenen Marinepläne und Karten sind abgeliefert. Der Umbau der Kriegsschiffe ist bis auf ein einziges in Angriff genommen, ebenso die Zerstörung der U-Boote. Die Forderung über die Auslieferung der Armierung entspricht nicht dem Friedensvertrage. Deutschland hat im Frieden 48 000 Flugzeuge gebaut; 27 000 sind zerstört worden, eine ungeheure Anzahl ist beim Rückzug verloren gegangen, andere große Mengen sind abgeliefert worden. Obwohl nach dem Friedensvertrag der Neubau von Luftfahrzeugen nur drei Monate zu unterbleiben hat, verbietet die Entente auch weiterhin Neubauten. Es ist für Deutschland einfach unmöglich, daß es die geforderten Zahlungen leisten kann. Weiter wird in der Antwort der deutschen Regierung an die Entente darauf hingewiesen werden, daß unsere Ansprüche auf Leistung des Schadenersatzes im Artikel 233 des Friedensvertrages nicht erfüllt sind, und daß die jetzigen Forderungen etwas ganz anderes sind, als was wir im Friedensvertrag unterzeichnet haben.

Tll. **Berlin**, 1. Febr. **(Telegr.)** Wie immer an Krisentagen war der Reichstag auch gestern wieder die Brutstätte phantastischer Gerüchte. Selbstverständlich ist die lebhaft diskutierte Meldung, wonach Dr. Simons als Minister des Aeußern zurücktreten wolle, völlig erfunden. Aus der Umgebung des Ministers selbst wurde dieser Meinung nachdrücklichst widersprochen. Dr. Simons werde sich in der gegenwärtigen Situation der Verantwortung und Mitwirkung nicht entziehen. Für seine Unentbehrlichkeit sprechen verschiedene außenpolitische Gründe und die Tatsache, daß er einer der wenigen verantwortlichen Politiker ist, die alle Zusammenhänge klar überblicken können. In allen Parteien konnte man die Ansicht feststellen, daß für die Verwirklichung eines Einheitskabinetts keine Aussicht besteht. Die Regierungsparteien wünschen jedoch einmütig eine Erweiterung des Kabinetts. Eine Einigung darüber mit den Mehrheitssozialisten, die zuerst vor die Frage gestellt wurden, ob sie sich an der Regierung zu beteiligen gedenken, ist noch nicht erreicht.

Tll. **Berlin**, 1. Febr. **(Telegr.)** Nach Aufhebung der gestrigen Reichstagssitzung fanden nachmittags und abends eingehende Besprechungen zwischen den Fraktionen über die Pariser Ententebeschlüsse statt. Von der Fraktion der Deutschen Volkspartei wurde besonders die Bildung einer nationalen Einheitsfront von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, die zweckmäßig auch in der Kabinettsbildung zum Ausdruck zu bringen wäre, zwecks gemeinsamen Widerstandes gegen die Ententebeschlüsse gefordert. Die entsprechenden Beratungen zwischen den Parteien dürften im Laufe des Dienstags geführt werden.

*

Aus der deutschen Presse.

* **Berlin**, 31. Jan. Zu den Beschlüssen, die von der Pariser Konferenz in der Wiedergutmachungsfrage gefaßt worden sind, bemerkt die **„Deutsche Allgemeine Zeitung"**: Wenn die Alliierten glauben, ohne Anhörung von deutschen Sachverständigen, also insbesondere ohne Zuziehung des Staatssekretärs Bergmann, sich ein Urteil über die Leistungsfähigkeit Deutschlands bilden zu können, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Konferenz zu Ergebnissen kommt, die von jedem Kenner der Lage Deutschlands als phantastisch und unsinnig bezeichnet werden. (Diese Auffassung deckt sich mit den Anschauungen der ganzen deutschen Oeffentlichkeit.)

Berlin, 1. Febr. **(Tel.)** Alle bürgerlichen und sozialdemokratischen Blätter erklären einmütig den in Paris aufgestellten Reparationsplan als **unannehmbar** für Deutschland. Reichsschatzminister a. D. Gothein errechnet im **„Berl. Tagebl."**, daß der deutsche Ausfuhrzoll bestenfalls jährlich 0,6 Milliarden Goldmark erbringen werde. Den künftigen Betrag der deutschen Einfuhrzölle schätzt er auf 400 bis 450 Millionen Goldmark. Mit den Ausfuhrzöllen zusammen würde dies einen Bruttoertrag von rund einer Milliarde Goldmark ergeben, also die Hälfte dessen, was die Entente schon im ersten Jahre verlangt. Davon gehen aber die Kosten der Grenzbewachung und des ganzen Zolldienstes ab, die sich auf mindestens 14 Prozent des Betrages stellen.

Die **„Voss. Ztg."** bezeichnet als die schärfste Bestimmung die über die Pfänder und Kontrolle. Dies stelle **die vollkommene Entmündigung des deutschen Volkes** dar und bedeute die Vernichtung der Wiederaufbaumöglichkeit eines besiegten Volkes, wie sie in der Geschichte beispiellos dastehe.

Im **„Vorwärts"** heißt es: Eine Regierung, die die Vorschläge annehmen würde, würde sich in Widerspruch stellen zu dem ganzen deutschen Volke. In ganz Deutschland gibt es keinen Menschen, der diese Vorschläge für ausführbar hält. Das Blatt weist darauf hin, daß die 12 Proz. Ausfuhrabgabe die Neutralen dazu zwinge, die Einfuhr aus Deutschland zu Gunsten der Entente um 12 Proz. teuerer zu bezahlen. Auch die Bedingung, daß Deutschland weder mittelbar noch unmittelbar irgend eine Kreditoperation außerhalb seines Gebietes ohne Zustimmung der Kommission unternehmen darf, trifft nach dem Blatte auch das Ausland. Diese Bestimmung ist das Verbot an die Vereinigten Staaten und die anderen Länder, Deutschland etwas zu borgen. Es ist ein Befehl an diese Länder, statt Deutschland der Entente zu borgen.

*

Die Befriedigung der französischen Presse.

Die **Pariser Presse** zeigt sich im allgemeinen von dem Ergebnis der Pariser Konferenz befriedigt. Der „Temps" meint, es sei wesentlich, daß in dem Abkommen von Deutschland gesetzgeberische Maßnahmen verlangt werden, um die deutsche Gesetzgebung in Einklang zu bringen mit den Forderungen des Verbandes. Was habe Deutschland auf das Verlangen der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren geantwortet, und wie habe es den Vorschlag der fünfjährigen Zahlungen aufgenommen? Es habe die Belassung Oberschlesiens bei Deutschland als Entschädigung für die Annahme der fünf Jahreszahlungen gefordert. Der Geheimrat, der das getan habe, hätte begreifen müssen, daß, wenn man so feilsche, man Frankreich zwinge, sich mit den Engländern über die festgesetzten 42 Jahreszahlungen sofort zu einigen. Das „Journal des Débats" glaubt, alles, was man entschieden habe, werde nur zu einem Ergebnis führen, wenn man bei der Ausführung fest bleibe und zusammenhalte. Die Einigkeit der Verbündeten wird überhaupt von der Presse mit besonderer Begeisterung gefeiert. „Oeuvre" spricht aus, daß im Laufe der Konferenz der Vorschlag gemacht worden sei, man solle die deutsche Regierung zwingen, die Kriegsgesellschaften als Organisationen für den Ein- und Verkauf wieder aufzurichten. In mehreren Blättern wird unverhohlen ausgesprochen, daß die Ausfuhrsteuer einen natürlichen Ausgleich schaffe dadurch, daß sie die deutsche Industrie niederhalte, damit sie den Industrien der verbündeten Länder keinen übertriebenen Wettbewerb machen könne. „Le Peuple" das Organ der Gewerkschaften, meint, man nenne die getroffenen Abmachungen zwar keine endgültigen Lösungen, aber eine endgültige Orientierung. Daß es eine Orientierung sei, gibt das Blatt zu, daß diese aber endgültig wäre, stellt es in Frage. Auch die „Humanité" hebt hervor, daß man ohne Deutschland eigentlich nicht hätte beschließen können. Pertinax im „Echo de Paris" sieht noch Schwierigkeiten in bezug auf die Erhebung der Ausfuhrsteuer. Berufene Leute hätten erklärt, daß die praktische Anwendung dieser Maßnahme nichts weniger als gesichert sei. Einige Blätter berechnen das Ergebnis dieser Steuer auf 80 Milliarden Goldmark und schließen daraus, daß also durch das Abkommen mehr erzielt werde, als in Boulogne vorgesehen worden sei. Der „Petit Parisien" höhnt, indem er schreibt, die deutsche Presse aller Richtungen tobe gegen dies Abkommen von Paris. Sie bleibe in ihrer Rolle. Eines der größten Blätter von Berlin habe die Verbündeten aufgefordert, sie sollten das, was sie haben wollten, sich selbst holen. Gerade das hätten die Verbündeten in Paris beschlossen, nämlich, sich selbst im Falle des schlechten Willens des Schuldners bezahlt zu machen. Die Verbündeten würden damit beginnen, Zolleinnahmen zu beschlagnahmen, vorausgesetzt, Deutschland weigere sich, die Zölle kontrollieren zu lassen. Dann würden die Gerichtsvollzieher kommen; das sei die Armee der Verbündeten, die am Rhein stehe und die Brückenköpfe besetzt halte. Diese Gerichtsvollzieher würden alsdann das Ruhrgebiet beschlagnahmen und schließlich an der Grenze der Rheinlande die Zölle erheben und dort Steuern erlassen und sie einkassieren. Die letztere Maßnahme sei im Abkommen von Paris enthalten. So vervollständigt und präzisiert, sei der Vertrag von Versailles gar nicht einmal so schlecht, wie man behaupte.

*

Englische Zustimmung.

Die Beschlüsse der Pariser Konferenz finden in der englischen Presse **allgemeine Zustimmung**, vor allem wegen der Beweise der Unverbrüchlichkeit des Verbandes. Alle Blätter heben hervor, daß die **Zustimmung Deutschlands** abgewartet werden müsse. Sie veröffentlichen Telegramme ihrer Berliner Berichterstatter, in denen die **geschlossene Front der deutschen Presse** vom „Reichsboten" bis zum „Vorwärts" gegen die Annahme der Pariser Beschlüsse und die unter dem Publikum herrschende Erregung über die Beschlüsse der Pariser Konferenz dargelegt wird. Der **„Observer"** schreibt in. Leitartikel, daß das Uebereinkommen zur Festigung der unmittelbaren Lage beitragen würde, nennt aber die auf 42 Jahre festgesetzte Frist für die Entschädigungszahlung phantastisch. Die Tatsache, daß die Ereignisse von 1963 nicht nur vorausgesagt, sondern sogar vorgeschrieben werden, erwecke mehr Heiterkeit als Eindruck. Das Blatt veröffentlicht eine Kundgebung Lord Robert Cecils zu dem vom Obersten Rat erzielten Uebereinkommen, worin er erklärt, irgend eine Lösung sei besser, als gar keine. Die **„Sunday-Times"** sagt, ein Gefühl der Erleichterung gehe durch die Welt, Deutschland werde einsehen, daß es jetzt jede Hoffnung auf Revanche aufgeben müsse.

*

Amerikanische Urteile.

* **London**, 31. Jan. Der „Daily Expreß" meldet aus Newyork: Der Vorsitzende der Chase National-Bank erklärte, die Entschädigungsbedingungen der Pariser Konferenz seien allzu streng. Er könne sie nicht günstig beurteilen. Eine Gruppe von Wirtschaftlern in den Vereinigten Staaten ist der Ansicht, daß die Entschädigung niemals bezahlt werde, da die Alliierten schließlich einsehen würden, daß sie Deutschland ihre eignen Märkte ausliefern müßten, um Deutschland die Bezahlung in Waren zu ermöglichen. Es wird sogar der Ansicht Ausdruck gegeben, daß die Bezahlung in deutschen Waren in Frankreich eine solche Arbeitslosigkeit zur Folge haben werde, daß die französischen Arbeiter einen höheren Schutztarif fordern würden, um Deutschland zu verhindern, seine Zahlungen fortzuführen.

* **London**, 31. Jan. Die „Times" meldet aus Washington, daß fast allgemein die Ansicht vertreten werde, daß wesentliche Abänderungen in den von der Pariser Konferenz festgesetzten Entschädigungssummen fast unvermeidlich seien. In Amerika werde darauf hingewiesen, daß sowohl die Verteilung der Entschädigungssumme auf die Zeit von 42 Jahren wie auch die Erhebung eines 12½prozentigen Zolles auf die deutsche Ausfuhr **der Zustimmung Deutschlands bedürfe.**

*

Aus der österreichischen Presse.

WTB. **Wien**, 31. Jan. **(Tel.)** Die Blätter bezeichnen die bisher aus Paris eingetroffenen Nachrichten über das Ergebnis der Konferenz bezüglich Oesterreichs als dürftig und kläglich. Die **„Neue Freie Presse"** sagt: Wir sehen vorläufig nur lauter Absichten und gar keine Erfüllung. Das zu schaffende Finanzsyndikat mit nur 200 Millionen Francs Kapital kann die Verhältnisse Oesterreichs nicht bessern. Es handelt sich im wesentlichen um Vertröstungen auf die Zukunft. — Das **„Neue Wiener Tageblatt"** schreibt: Die Entente wird ganz andere Wege gehen müssen und mit rascheren Schritten, soll der furchtbare Schwebezustand Oesterreichs, der eine unermeßliche Gefahr für Europa in sich birgt, von Ordnung und Gesundung abgelöst werden.

*

Französischer Ministerrat.

WTB. **Paris**, 31. Jan. Der **Ministerrat** nahm in seiner heutigen Sitzung Kenntnis von den **Beschlüssen der alliierten Konferenz** in Paris über die Ausführung des Friedensvertrages von Versailles und hörte den Finanzminister über die Regelung der Reparationsfrage. Dann wurde über die Finanzlage und Arbeitslosigkeit verhandelt.

Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien?

Tll. **Berlin**, 1. Febr. **(Tel.)** Wie das „Berl. Tagebl." von gut unterrichteter Seite hört, ist die **Verschiebung des Abstimmungstermins für Oberschlesien** vom 13. März auf ein späteres Datum wahrscheinlich. Der Termin für die Eintragung in die Stimmlisten soll, wie das gleiche Blatt erfährt, angeblich um 6 Tage verlängert werden.

Beschaffung von Arbeitsgelegenheit.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Gegenwart der beteiligten Reichs- und preußischen Ressortminister und Vertreter der politischen Parteien des Reichstags wurde am Sonntag eine Aussprache mit Vertretern aller Gewerkschaftsgruppen über die Arbeitsbeschaffung gepflogen. Allseitig wurde die **überaus ernste Lage auf dem Arbeitsmarkt** anerkannt und betont, daß das Reich und die Länder bis zu einer allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage mehr noch als bisher Arbeitsgelegenheit schaffen müßten. Die Erörterung zeigte Möglichkeiten dafür insbesondere auf dem Arbeitsgebiet des Reichsverkehrsministeriums und des Reichspostministeriums, sowie in den landwirtschaftlichen Bodenverbesserungen, wie sie schon jetzt mit Hilfe der produktiven Erwerbslosenfürsorge betrieben werden. Sehr bedeutungsvoll für die weitere Entwicklung des Arbeitsmarktes schien nach allgemeiner Auffassung die **Belebung der Bautätigkeit.** Auch die Zukunftsaussichten der deutschen Industrie wurden eingehend erörtert. Aus dem Kreis der Gewerkschaften wurde auch die Notwendigkeit einer vermehrten Anwendung der Methode der Kurzarbeit sowie die Frage des Wechsels der Belegschaft zur Erörterung gestellt. Sämtliche Anregungen sollen von den in Betracht kommenden Behörden nachdrücklichst und schleunigst verfolgt werden.

Oberpräsident Hörsing und Kultusminister a. D. Adolf Hoffmann.

Ueber die Pöbeleien zwischen Mehrheitssozialisten und Kommunisten im Reichstag lesen wir folgende Erklärung Adolf Hoffmanns in der „Roten Fahne".

„Zur Ehrenrettung Hörsings hat der Fraktionsvorstand der S. P. D. mobil gemacht und bringt unter der Spitzmarke „Ein Adolf-Hoffmann-Spaß!" eine sogenannte Berichtigung. In dieser Notiz des „Vorwärts" ist von „unanständigen Verdächtigungsversuchen" die Rede und der Fraktionsvorstand der S.P.D. stellt die „Wahrheit fest" und erklärt die Zwischenrufe für „unanständig und unbegründet."

Der S.P.D.-Fraktionsvorstand hätte seinem Genossen Hörsing einen größeren Dienst geleistet, hätte er ebenso schamhaft geschwiegen, wie es der „Vorwärts" bis zu dieser Erklärung getan hatte. Jetzt bin ich gezwungen, die „Rote Fahne" zu bitten, folgende streng sachliche, durch Zeugen zu belegende Darstellung des Vorfalls aufzunehmen.

Gen. Koenen hatte zum Justizetat, d. h. zu unserer Interpellation, das Schlußwort; als er dabei den Namen „Roste" nannte, schrie der vorn in der ersten Reihe sitzende Hörsing sinnlos Koenen zu „Lausejunge", „Du Schwein", „Du Hund" und wieder „Lausejunge". Diese Zurufe waren um so unbegreiflicher, als in der Kritik an dem Justizminister die ganze Linke einig war. Der vor Hörsing stehende Abg. Braß suchte diesen, dessen Zustand er schon vorher nicht nur erkannt, sondern den mir, die mir mit vor der Rednertribüne standen, schon recht auffällig gerochen hatten, dadurch zu beruhigen, daß er scherzhaft zu ihm sagte: „Sie haben sich wohl heute grad' gekämmt, daß Sie Koenen „Lausejungen" schimpfen?" Jetzt suchte Hörsing sich zu erheben, wiederholte gegen Braß dieselben Schimpfworte und holte aus, um Braß mit der geballten Faust ins Gesicht zu schlagen. Braß packte mit größter Ruhe Hörsing und drückte ihn nieder mit den Worten: „Mensch, sind Sie doch wenigstens hier vernünftig, wenn Sie total besoffen sind." Mehrere K.P.D.- und S.P.D.-Abgeordnete waren dazwischen getreten; darunter befand sich Gen. Adolf Hoffmann, der nun den S.P.D.-Kollegen des Hörsing erregt, aber berechtigt zurief: „Führt doch Euren Genossen raus, es ist ja ein Skandal, er ist total besoffen." Diese Worte hatte der Präsident Loebe gehört und rief Hoffmann zur Ordnung, worauf dieser mit Recht dem Präsidenten zurief: „Rufen Sie lieber den betrunkenen Abg. Hörsing zur Ordnung und lassen Sie denselben aus dem Saal entfernen." So ist der nackte Tatbestand. So wenig der Abg. Hörsing den Versuch machte, die Rednertribüne zu ersteigen, um sich gegen die „unanständigen Verdächtigungsversuche" Hoffmanns zu verwahren und sie in einer persönlichen Bemerkung zurückzuweisen, ebenso hätte im Interesse Hörsings sein Fraktionsvorstand den Versuch unterlassen sollen. Schweigen ist manchmal wertvoller als reden. Adolf Hoffmann."

Keine deutschen Mittel für die Sowjetisten.

WTB. **Berlin**, 30. Jan. Auf die Anfrage des kommunistischen Abg. Dümell, ob während des Krieges Lenin, Trotzki und andere Bolschewisten von der **deutschen Reichsregierung mit etwa 50 Millionen ℳ unterstützt** worden seien oder ob diese eine Unterstützung durch die deutschen Militärbehörden zugelassen habe, hat Reichsminister Simons die Antwort erteilt, daß die Akten des Auswärtigen Amts **keinen Anhaltspunkt** dafür geben, daß Lenin und Trotzki aus Mitteln des Auswärtigen Amtes unterstützt worden wären oder das Auswärtige Amt einer Unterstützung dieser Politiker durch die deutschen Militärbehörden zugestimmt hätte.

Krise in den polnisch-russischen Verhandlungen.

WTB. **Kopenhagen**, 31. Jan. **(Telegr.)** „Politiken" wird aus Riga telegraphiert: In den **polnisch-russischen Friedensverhandlungen ist eine Krise** eingetreten. Man konnte bisher zu keiner Einigung über die Höhe der von Rußland an Polen zu zahlenden Geldbeträge gelangen. Joffe erklärte, Rußland könne höchstens 30 Millionen Goldrubel an Polen geben, während Dombski 70 Millionen verlangt. Der Zeitpunkt für die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Sonstige Meldungen.

WTB. **Köln**, 31. Jan. **(Telegr.)** Die Direktion **der Farbwerke Leverkusen** veröffentlicht folgende Mitteilung: In den Farbwerken, vormals Friedr. Bayer & Co. Leverkusen brach am Samstag, den 29. Januar ein **wilder Streik** aus. **Die Betriebe**, einschließlich der lebenswichtigen und für die gesamte Produktion grundlegenden Schwefelsäurefabrik liegen still. Der Grund des Ausstandes ist die tarifwidrige und technisch unmögliche Forderung der restlosen Durchführung der 48 Stundenwoche auch bei Ableistung notwendiger Ueberstunden. Die Veranlassung ist die Entlassung eines Arbeiters wegen unbefugten Verlassens der Arbeitsstätte. Der für die Fabrik angerichtete Schaden ist sehr groß. Die Aufnahme des Betriebes in dem bisherigen Umfang ist für längere Zeit unmöglich.

WTB. **Paris**, 31. Jan. **(Telegr.)** Nach einer „Matin"-**Meldung aus Athen hat Ministerpräsident Rhallis Journalisten gestern erklärt, Griechenland werde auf der Konferenz in London** durch ihn und ein anderes Mitglied des Kabinetts, nicht aber durch Gunaris vertreten sein.

Paris, 30. Jan. Aus Washington wird gemeldet: Wilson hat seine Absicht aufgegeben, seine Erinnerungen über seine Präsidentschaft und die Zeit der Friedensverhandlungen zu schreiben.

⚔ Vorsicht — Wahllügen!!

Die Wahlen stehen vor der Tür. Die alten Wahlknisse treten wieder in Tätigkeit bei den Parteien von links und von rechts; in erster Linie die **Wahllüge.** Das ernste Urteil nimmt als Maßstab für den Gegner das Programm nach den Grundsätzen und nach der Durchführung im Verlaufe der Jahrzehnte. Auf eine Partei ohne Geschichte gibt man in Deutschland, wo Treu und Glaube politisch so oft mißbraucht worden sind, nichts. Die Wahllüge läßt bei der Beurteilung des Gegners das Programm, seine Grundsätze und ihre erfolgreiche Durchführung beiseite und sucht durch freie Erdichtungen oder geschickte Verdrehungen von Tatsachen dem Gegner die Wähler abspenstig zu machen.

So wußte der „Vorwärts" vor einigen Tagen zu berichten, einem Zentrumsabgeordneten sei das deutsche Brot zu billig. Neuerdings verbreitet er die Nachricht, der Reichsernährungsminister habe den Getreidepreis für das kommende Wirtschaftsjahr bedeutend erhöht. Nachträglich stellte sich die Unwahrheit beider Behauptungen heraus. Doch die Wut der sozialistischen Partei war mal wieder entflammt gegen das Zentrum. Natürlich wurde die Nachricht mündlich und gedruckt auch in Zentrumskreisen verbreitet und entfachte auch hier den gleichen Zorn. Der gesunde Menschenverstand sollte jedoch jedem sagen, daß keine Partei die Tollheit besitzt, absichtlich das Brot zu verteuern, den Getreidepreis in die Höhe zu schrauben und durch diese Maßnahmen die Wählerschaft vor den Kopf zu stoßen. Kommt jemand, um diesen und einige andere Bären aufzubinden — und es werden im kommenden Wahlkampfe noch eine ganze Reihe vorgeführt —, dann lach ihn aus und bekenne dich zum Zentrum!

Doch nicht immer wird's so grob gemacht; man kann bei den Tatsachen bleiben und diesen eine Spitze gegen das Zentrum geben. Gesetze mit unangenehmen Seiten, mit bedauerlichen Nebenwirkungen werden dem Zentrum auf Rechnung gesetzt: vor allem die gesamten Steuergesetze, die nicht zufriedenstellende Besoldungsordnung, das „Abbaugesetz" der alten aber noch dienstfähigen Beamten, die unbefriedigende Einordnung in die Besoldungsstufen u. a. Die unglücklichen Begleiterscheinungen werden hervorgehoben. Die zwingenden Notwendigkeiten, die hinter diesen Gesetzen stehen und in ihnen sich Geltung verschaffen, sind vollständig übergangen, werden allersorgfältigst unterschlagen. Vor allem wird nicht gesagt, daß die Zentrumsminderheit für sich keine Gesetze erlassen kann, auch nicht entscheidend die Regierung führt, sondern eine Gruppe von Parteien für das Zustandekommen eines Gesetzes einig sein und damit auch die Verantwortung tragen muß. **Es gibt also kein Gesetz, das man voll und allein dem Zentrum auf Rechnung setzen kann.** Hat ein Gesetz Härten, so soll man die Beschwerden an die gesamte verantwortliche Parteigruppe richten und vor allem berücksichtigen, welche Gründe deren Zustimmung veranlaßt haben. Weiß man einen besseren Weg, um Notwendigkeiten zu entsprechen, soll man ihn an den zuständigen Stellen anbringen. Weiß man keinen, dann soll man schweigend das erlassene Gesetz als notwendiges Uebel tragen und nicht durch Schimpfen und Metzen seine Ausführung erschweren — und undankbare Arbeit um ihre Frucht bringen.

Man sei auf der Hut vor diesen ganzen und halben Unwahrheiten, den Wahllügen, gleichgültig, ob sie mündlich oder gedruckt verbreitet werden! Man führe sie der Parteileitung, den Abgeordneten oder sonstigen Fachleuten zu, damit sie unschädlich gemacht und die Urheber entsprechend gebrandmarkt werden können!! K.

Städtisches.

Münster, 1. Februar.

Ⓒ **Von der Universität.** Wie die „Hochschulkorr." hört, hat Prof Dr. Erwin Madelung in Münster einen Ruf auf den Lehrstuhl der theoretischen Physik an der Universität Frankfurt als Nachfolger von Prof. M. Born erhalten. Prof. Madelung, ist ein geborener Bonner. Im Jahre 1912 erhielt er die venia legendi in der Göttinger philos. Fakultät, später das Prädikat Professor und siedelte Michaelis 1919 als Ordinarius nach Münster als Nachfolger von Geh. Rat L. Weber über. Seine Arbeiten liegen auf dem Gebiet des Magnetismus, der Gasentladungen und besonders der Atomistik. — Wie wir hören, ist an Stelle des ausgeschiedenen Oberlandesgerichtsrats Dremel dem Landgerichtsdirektor Arnold Wentrup in Münster die Stelle des Universitätsrichters an der Universität zum 1. Februar 1921 nebenamtlich übertragen worden.

⊙ **Gemeindeabend von St. Lamberti.** Der große Saal des Gesellenhauses faßte längst nicht die Besucher, die gestern abend zum Gemeindeabend St. Lamberti sich eingefunden hatten. Nach Eröffnung durch Pfarrer Schütte übernahm der Vorsitzende des Elternbeirats, Studienrat Freibüter, die Leitung. Diözesanpräses Meyer vom Verband der kath. Jünglingsvereine sprach zu Herzen gehende Worte über das Verhältnis zwischen Eltern und heranwachsenden Kindern unter den modernen Verhältnissen, der Vorsitzende gab eine ernste Belehrung über die Pflichten der Eltern im Hinblick auf die Erhaltung der konfessionellen Schule. Die Turnabteilung d. kath. Jünglingsvereins erfreute die Versammlung durch hervorragende Leistungen am Barren und prachtvolle Pyramiden-Aufstellungen, die Jungfrauenkongregation durch Liedersprenden, einen zierlichen Reigen und ein wundervoll gespieltes Theaterstückchen „Die Zappelgrete". Herr Juwelier Storz trug aus seinem reichen Repertoir einige „Glanzle" zur Laute vor, die in ihrer urwüchsigen Komik „Tränen des Lachens" hervorlockten. —Die Veranstaltung hatte einen vollen Erfolg. Das nächste Mal wird der Gesellenvereinssaal kaum noch reichen. Daß man Schulkinder vom Besuch ausgeschlossen hatte, war für das Niveau des Abends von großem Vorteil.

Die Annahmesperre für Frachtgutladungen nach den Bezirken Köln und Essen und im Durchgangsverkehr über deren Strecken ist mit Ausnahme der Strecke Köln-Ehrenfeld bis Aachen-Rothe Erde nebst Seitenlinien aufgehoben.

Kino-Schau.

Der im Roland-Theater gezeigte Film „Die sieben Todsünden", der in die Schliche und Ränke der Hochstablerwelt Europas und Amerikas einführt, ist ebensowenig wie „Der zeugende Tod" geeignet, unser tief gebeugtes Volk zu erheben. Abgesehen von den glänzenden Naturaufnahmen (!) und prächtigen Einzelszenen wirken die beiden sensationslüsternen Stücke moralisch und seelisch deprimierend.

„Die arme Violetta" in der Schauburg ist wirklich bedauernswert. Eine simple Liebestragödie, bei der Bett und Nachthemd nicht vergessen wurden. Arme Violetta! — „Ein glücklicher Finder" wird wahrscheinlich Erwachsene erheitern. — Zwar auch eine Liebestragödie, aber mit mehr Gehalt, als „Die arme Violetta" ist „Nach dem Gesetz". Mord und Wucher werden durch edle Motive so paralysiert, daß das Stück annehmbar wird.

Im Tonbild-Theater bietet die „gefährliche Fahrt" inhaltlich zwar nicht viel, aber die eingestreuten guten Aufnahmen machen sie sehenswert. — Dagegen können wir über den Abenteuerfilm „Barrabas", dessen 2. Teil gegeben wird, nur unser früheres Urteil wiederholen. Es ist und bleibt ein recht gefährliches Spiel mit dem Feuer, besonders da die Vorschriften des Lichtspielgesetzes betreffend Zulassung Jugendlicher unter 18 Jahren nicht beachtet werden. Dem Unternehmer bringen allerdings solche Vorführungen ausverkaufte Häuser und gefüllte Kassen. Was tuts dann, wenn das Volkswohl auch Schaden leidet! — Das Lustspiel „Onkel Tom" ist ein albernes und nichtssagendes Machwerk, das auf ein feineres Empfinden direkt abstoßend wirkt.

Wann wird sich das Kino seiner großen Verantwortung für das Volk bewußt!

Provinzielle Nachrichten.

⚒ **Mitte, 30. Jan.** Am Samstag nachmittag ist über den **Raubüberfall beim Gutsbesitzer Eschkotte** eine eingehende Untersuchung angestellt worden. Der Knecht Hagenbrock aus Warendorf, bei Eschkotte in Diensten, von dem Brinkrolf einige Tage vor dem Einbruch ein Rad gekauft hatte, legte ein so auffälliges Wesen an den Tag, daß er gleichfalls festgenommen wurde. Steht er mit den Einbrechern in Beziehungen, so ist es auch erklärlich, daß Brinkrolf noch die Unverfrorenheit hatte, zurückzukehren, um seine Geldtasche zu holen. Außer Brinkrolf sind die beiden Knechte Olfers und Zurstraßen, die, wie übrigens auch Brinkrolf, aus der Gemeinde Harsewinkel stammen, verhaftet worden. Alle vier haben eine Zeitlang auf dem von Gescherschen Gute in Harsewinkel zusammen gearbeitet, wo sie sich kennen gelernt haben. — Die Zentrumspartei hielt gestern hierselbst zwei Versammlungen ab. In der einen sprach Abg. Schulrat Kamp, in der andern Abg. Frl. Giese.

□ **Bocholt, 31. Jan.** Das Gesamtergebnis des hier vor kurzem abgehaltenen **Oberschlesiertages** beziffert sich auf 25 006,65 Mark. Darunter befindet sich ein städtischer Beitrag von 2000 Mark und das Ergebnis der Listensammlung in Höhe von 13 210 Mark; der Rest von 9796 Mark entfällt auf sonstige Sammlungen und sportliche Veranstaltungen.

♂ **Rhede (bei Bocholt), 31. Jan.** In der letzten Versammlung des neugegründeten Pachtschutzvereins, der bereits rund 100 Mitglieder zählt und den Schutz der Pächter gegen übermäßige Pachtsteigerungen bezweckt, wurde ein **eigenartiger Pachtvertrag** bekanntgegeben. Hiernach verlangt ein Großgrundbesitzer, daß der betr. Pächter die Pacht nicht, wie bisher üblich, in barem Gelde, sondern in Naturalien leistet, und zwar — 20 Pfund Rindfleisch (lebend Gewicht) pro Morgen. In Mark umgerechnet, würde dies pro Morgen (Ackerland, Weide, Hecken, Wälle und Wassergräben) 140 Mk. Pacht ergeben, was allgemein als durchaus unberechtigte und übertriebene Pachtsteigerung bezeichnet wurde.

* **Soest, 29. Jan.** Die Kreisvertretung der Zentrumspartei des Kreises Soest hat für den **Provinziallandtag** folgende Kandidaten aufgestellt: Graf Plettenberg-Lenhausen, Direktor Dr. Hermkes-Eikelborn, Probst Münstermann-Wert und Oberlandesgerichtsrat Dr. Hansel-Soest. Die Kreisvertretung beschloß einstimmig, auch eine nicht im Kreise ansässige Persönlichkeit als Kandidaten auf die Liste zu übernehmen unter der Bedingung, daß diese Persönlichkeit der Zentrumswählerschaft im Kreise genehm sei.

♂ **Siegen, 31. Jan.** Auf der Landstraße von Dreisel nach Dattenfeld wurde in einem Wassergraben die 53jährige Handarbeitslehrerin und Filialleiterin Maria Busch in einer Blutlache **als Leiche aufgefunden.** Sie war durch Schüsse aus einem Browning getötet worden. Unter dem dringenden Verdacht, die Tat verübt zu haben, wurde der erst 17 Jahre alte Fabrikarbeiter Becker verhaftet, der am Abend vorher die Busch hatte verleiten wollen, nachts mit einem größeren Geldbetrage nach Dattenfeld zum Hauptgeschäft zu gehen. Der Verhaftete leugnet die Mordtat. Als man ihn an die Leiche der Ermordeten führte, schlug er ein gellendes Gelächter an.

□ **Emden, 1. Febr.** Ende vorigen Jahres ließen sich hier **holländische Hochseefischereigesellschaften** nieder, um ihre Dampfer direkt hier anlaufen zu lassen. Es geschah dies, da Deutschland williger Abnehmer für Seefische ist, in der Absicht, den Fang besser als in Holland verwerten, andererseits um ihre Dampfer in Emden mit Kohlen versehen zu können, die nicht unerheblich billiger sind als in Holland. Da die deutschen Fischdampfer wegen ungenügender Kohlenbelieferung zum Teil stilliegen, wurde bei den zuständigen Behörden wegen der Belieferung holländischer Dampfer mit Kohlen Beschwerde geführt, die das Ergebnis hatte, daß eine Belieferung dieser Dampfer mit Kohlen nicht mehr erfolgen darf. Seitdem bleiben auch die Dampfer aus. Die holländische Fischerei hat durch das an Deutschland verlorene Absatzgebiet eine schwere Krisis durchzumachen. Allein in Scheveningen sind 1400 Fischer ohne Beschäftigung.

Kartoffelschieberei städtischer Angestellten.

⊙ **Essen, 31. Jan. Ein umfangreicher Kartoffelschwindel,** in die 2 städtische Angestellte verwickelt sind, und bei dem ein sehr großer Teil der städtischen Beamtenschaft, etwa 700, um nicht weniger als fast 300 000 Mark betrogen worden sind, erregt zurzeit hier lebhaftes Aufsehen. Als man zu Beginn des Winters in der Bevölkerung dazu überging, angesichts der drohenden Kartoffelnot nach Möglichkeit erhebliche Kartoffelvorräte für den Winter in Sicherheit zu bringen, entstand auch unter der städtischen Beamtenschaft das Bestreben, gemeinsam Kartoffeln aufzukaufen und zur Einkellerung unter sich zu verteilen. Diese Bestrebungen wurden vor allen Dingen von den städtischen Angestellten Graßhoff und Feßler nachdrücklichst gefördert. Es bildete sich dann ein Ausschuß, der die beiden genannten Angestellten mit dem Ankauf von Kartoffeln beauftragte. Die beteiligten Beamten brachten insgesamt etwa 295 000 Mark für den Kartoffelankauf zusammen. Diese Summe wurde bei einer hiesigen Bank hinterlegt. Die Kartoffelaufkäufer unternahmen in der Folgezeit verschiedentlich Reisen nach Ostpreußen, die dem Kartoffelaufkauf galten. Bald darauf liefen die ersten Kartoffeln ein, und mehrere Besteller wurden beliefert. Dann blieben die Kartoffeln allmählich ganz aus, angeblich wegen Frostwetters, Beförderungsschwierigkeiten auf der Bahn usw. In der Zwischenzeit erregte der Aufwand, den einer der beiden Kartoffelaufkäufer namentlich in den Weindielen und anderen teuren Vergnügungslokalen trieb, Verdacht bei der Beamtenschaft. Als man nun den Geldausgaben auf den Grund ging, stellte sich zur Ueberraschung der städtischen Angestellten heraus, daß die beiden mit den Kartoffelaufkäufen betrauten Kollegen die ihnen zur Verfügung gestellten Summen dazu benutzt hatten, einen schwunghaften Schieberhandel mit Kartoffeln zu betreiben, mit dem sie vermutlich außerordentliche Summen eingeheimst haben. Die städtischen Beamten aber haben nicht nur ihr Geld verloren, sondern auch keine Kartoffeln erhalten. Nach diesen Feststellungen hat die Staatsanwaltschaft Haftbefehle gegen die beiden unredlichen städtischen Angestellten erlassen. Graßhof, der schleunigst nach Ostpreußen abgedampft ist, konnte bereits in Königsberg verhaftet werden. Feßler wurde gestern in Essen festgenommen. Beide sind ebenfalls unverzüglich aus dem Dienste der Stadtverwaltung entlassen worden.

Wissenschaft und Kunst.

⊡ **München, 30. Jan.** Eine Kunstkonferenz der deutschen Ministerialreferenten wurde in München unter Hinzuziehung von Sachverständigen abgehalten. In den vertraulichen Beratungen, die nach Art der Hochschulkonferenz jetzt auch in der staatlichen Pflege der bildenden Künste zwischen den Einzelstaaten erfolgen, sind auch Richtlinien für die Kunstschulreform besprochen worden und zwar unbeschadet der einzelstaatlichen Selbständigkeit in der Kunstpflege.

⊕ **Heidelberg, 31. Jan.** Eine eigenartige Sammlung hat die psychiatrische Klinik der Universität Heidelberg geschaffen. Sie hat 3800 Zeichnungen sowie einige Holzplastiken von insgesamt 330 Geisteskranken vereinigt. Man hofft, der „Kunstchronik" zufolge, durch Prüfung und Vergleichung der einzelnen Stücke Aufschlüsse über die Psychologie des Zeichnens, die Kunst der Primitiven und der Kinder zu gewinnen.

Vermischtes.

⚒ Flugpost Berlin—Dresden.

Vom 1. Februar an eröffnet die Deutsche Luft-Reederei, Berlin, einen täglichen Flugpostdienst Berlin—Dresden, ab Berlin 3.00, an Dresden 4.30, zurück ab Dresden 8.15, an Berlin 9.45. In Berlin bestehen gute Anschlüsse an die Flugpost von und nach Braunschweig—Dortmund.

Spionage im Interesse der Entente.

⊙ **Leipzig, 28. Jan.** Wegen versuchten Verrates militärischer Geheimnisse hatten sich heute vor dem zweiten Strafsenate des Reichsgerichts zu verantworten der Kaufmann Fritz Schwartz, geboren am 2. Oktober 1892 in Lauchstädt, Kreis Merseburg, zuletzt in Köln wohnhaft, und der Kaufmann August Witt, geboren am 19. Mai 1887 in Lennep, zuletzt in Remscheid wohnhaft. Der erstere war nicht Soldat und ist unbestraft; er hat sich jedoch der Unterschlagung von 10 000 Mark und der Urkundenfälschung schuldig gemacht und ist deshalb amnestiert. Der Angeklagte Witt war 1914 bis 1918 Soldat und ist unbestraft. Beide Angeklagten haben sich in Holland kennengelernt, wo sie während des Krieges interniert waren. Schwartz war nach Begehung der erwähnten Straftaten nach Holland geflohen, und Witt war in seiner Stellung als Verpflegungsunteroffizier über die holländische Grenze gekommen und dann festgenommen worden. Beide haben bis zu ihrer im Mai 1920 erfolgten Verhaftung allerlei Schiebergeschäfte im Rheinland gemacht. Ende April 1920 kam Schwartz öfters nach Essen, wo er durch Vermittelung eines Oberkellners in einem Café die Bekanntschaft des damaligen Reichswehrwachtmeisters W. machte. Er tat so, als ob W. durch den Oberkellner bereits erfahren habe, was er von ihm wolle, und ging ohne Umschweife auf seine Wünsche ein. Er sagte, es komme ihm vor allen Dingen darauf an, Bescheinigungen zu erhalten, aus welchen in einwandfreier Weise die Stärke und Verteilung der deutschen Truppen im Ruhrgebiet hervorgehe. Er wünsche deshalb Verpflegungslisten, Lohnlisten und ähnliches zu erhalten. W. ging zum Schein auf den Plan ein, weil er sofort den Angeklagten Sch. für einen Engländer oder englischen Spion hielt und ihn entlarven wollte. Sch. hat dann dem W. noch erzählt, er stehe im Dienste der geheimen Abteilung in Köln und reise dorthin. W. setzte sich mit seinem dienstlichen Vorgesetzten in Verbindung und es wurden einige Listen zusammengestellt, die fingiert waren und dem Angeklagten Sch. übergeben werden sollten. Bei einer späteren Zusammenkunft Ws. mit Sch. war Witt zugegen, den Sch. als militärischen Sachverständigen bezeichnete und der die Listen prüfte. Witt war zwar bei den Verhandlungen des Sch. mit W. nicht immer zugegen, aber W. hatte den Eindruck, daß beide Hand in Hand arbeiteten und daß B. ebenso wie Sch. wußte, um was es sich handle. Schließlich wurden beide Angeklagte verhaftet. In der heutigen Verhandlung bestreiten sie ihre Schuld. Sch. leugnete, mit dem englischen Spionagebüro in Verbindung zu stehen. Er will den Auftrag zur Beschaffung der fraglichen Papiere von einem Kaufmann Frank in Köln erhalten haben, mit dem er Schiebergeschäfte in Juwelen gemacht habe. Witt will nicht gewußt haben, daß Sch. Spionage treibe; er behauptete, er habe diesen nur unterstützt, um ihn von jenen zweifelhaften Geschäften frei zu machen und um dann ein Geschäft gemeinsam mit Sch. zu eröffnen. Durch die Beweisaufnahme, namentlich durch die sehr bestimmten Angaben des ehemaligen Reichswehrwachtmeisters W. wurde erwiesen, daß beide Angeklagte gar keinen Hehl daraus gemacht haben, daß sie für die Engländer Spionage treiben. Der Reichsanwalt beantragte gegen die Angeklagten 3 bezw. 2 Jahre Zuchthaus. Das Reichsgericht ging über diesen Antrag noch hinaus und verurteilte wegen versuchter Ausspähung militärischer Geheimnisse den Angeklagten Schwartz zu vier, den Angeklagten Witt zu drei Jahren Zuchthaus, außerdem jeden von ihnen zu 5 Jahren Ehrenrechtsverlust. Polizeiaufsicht wurde für zulässig erklärt. Von der Untersuchungshaft wurden dem Angeklagten S. 5, dem Angeklagten B. 6 Monate auf die Strafe angerechnet. Als erwiesen wurde angesehen, daß die Angeklagten versucht haben, Mitteilungen über die Stärke und Verteilung der deutschen Truppen zu erlangen, und daß sie wahrscheinlich schon früher Listen über die früheren Freikorps Pfeffer und von Lichtschlag in ihren Besitz bekommen haben. Auch auf den in Münster befindlichen Verteilungsplan hatten sie es abgesehen. Darauf, ob diese Nachrichten und Gegenstände, die die Angeklagten den Engländern überliefern wollten, wirklich im Interesse der Landesverteidigung geheim zu halten waren, kommt es nicht an, da die Angeklagten jedenfalls sie für geheim gehalten haben, denn sonst würden sie nicht so große Geldsummen dafür zu zahlen bereit gewesen sein. Bei der Strafausmessung wurde berücksichtigt, daß das Verhalten der Angeklagten besonders verwerflich war, da sie sich dazu hergegeben haben, ihr Vaterland in einer Zeit der schlimmsten Not zu schädigen.

Sport.

Turnverein Münster — F. C. Gronau 0 : 2.

Der vergangene Sonntag gestaltete sich wieder zu einem Großkampftag. F. C. Gronau und Preußen-Münster, die beide Anwärter auf den Meistertitel des Westfälischen Westkreises sind, konnten ihre Spiele siegreich beenden, sodaß die Frage nach dem Meister noch nicht geklärt ist. F. C. Gronau war beim Turnverein Münster zu Gast und blieb hier verdienter Sieger. Da es den Turnern in der ersten Spielserie gelungen war, den Gronauern auf eigenem Platze als einziger Gegner eine Niederlage beizubringen, war man auf das Zusammentreffen obiger Vereine sehr gespannt. Die zahlreich erschienenen Zuschauer kamen aber keineswegs auf ihre Kosten, da von den Turnern ein planloses Spiel vorgeführt wurde. In der ersten Halbzeit sah man verteiltes Spiel, verschiedene gefährliche Situationen vor beiden Toren wurden von den Torhütern gut geklärt. Nach der Pause jedoch nahm Gronau das Heft fest in die Hand. Dem äußerst schnellen Tempo der Gronauer fielen die Turner zum Opfer. Zweimal gelang es dem Mittelstürmer Dünker, den Ball in Turnvereins Tor zu schießen. Die heute vollkommen planlos spielenden Stürmer des Turnvereins wurden dem Gronauer Tor selten gefährlich. Bei dem Sieger gefiel die große Schnelligkeit der Spieler. Dünker hatte seinen großen Tag. Beim Turnverein spielten nur Mittelläufer und Verteidigung aufopfernd, die eine größere Niederlage verhinderten.

Osnabrücker Turnverein — Preußen-Münster 0 : 2.

Der Altmeister Preußen zeigte wiederum, daß er als spielstärkster Verein des hiesigen Bezirks anzusprechen ist. Vor 14 Tagen mußte sich Viktoria mit 5 : 0 begen. Diesmal erlitt der Osnabrücker Turnverein eine Niederlage von 2 : 0 Toren. Die Osnabrücker Turner, durch Disqualifikation eines guten Verteidigers geschwächt, leisteten in der ersten Halbzeit den Preußen heftigen Widerstand. Beiderseits wurden gute Angriffe eingeleitet, aber Wurmstich (Preußen) und Pleister (OTV.) hielten glänzend. Kurz vor der Pause schießt Wagner ein unhaltbares Tor, das aber wegen Abseitsstehen eines anderen Spielers vom Schiedsrichter nicht zugegeben wurde. In der zweiten Halbzeit drängt Preußen fast dauernd. Die Osnabrücker waren dem schnellen Tempo der Preußen zum Opfer gefallen und mußten sich größtenteils auf die Verteidigung beschränken. In der 15. Minute erzielt Kuhlmann aus einer Vorlage von Halblinks durch einen scharfen Schuß das erste Tor für Preußen. Nach weiteren 10 Minuten vermag Wagner das zweite Tor für seine Farben zu treten. Damit war der Sieg für Preußen fest. Infolge starker Verteidigung der Osnabrücker konnten bis zum Schluß keine weiteren Erfolge mehr erzielt werden. Beim Abpfiff war Preußen verdienter Sieger des fair und interessant verlaufenen Kampfes. In der Preußenmannschaft verdient wieder jeder Spieler volles Lob. Vor allem leisteten Wagner, Spieß, Wendt und Wurmstich Hervorragendes. Der Gesamteindruck der Osnabrücker Mannschaft war recht gut. Vor allem war Strubbe unermüdlich, jedoch bei der guten Hintermannschaft Preußens kam er nicht durch. Schiedsrichter Becker vom F. C. Hamm leitete sehr gut.

S. C. Münster — Verein für Rasenspiele Osnabrück 3 : 2.

Die Mannschaft des Sport-Club spielte heute unter sonstiger Form. Vor allem vergaßen die Stürmer das Schießen. Es langte nur knapp zum Siege.

Westfälischer Ostkreis.

Hammer Spielverein — Arminia-Bielefeld 1 : 2. Mindener S. C. — Fortuna-Wacker 2 : 2. V. f. B. Bielefeld — Gütersloh 3 : 1. T.-V. Unna — Paderborn 2 : 2.

A-Klasse. Union-Recklinghausen — Westfalia-Scherlebeck 1 : 4. Eine Ueberraschung. Scherlebeck brachte der spielstarken Union die zweite Niederlage bei.

Herten — Greven 3 : 1. Ebenfalls eine Ueberraschung. Man hätte bestimmt einen Sieg Grevens erwartet.

Handels-Nachrichten.

* **Arenberg und Rheinische Stahlwerke.** Die Verwaltung der Arenbergschen A.-G. für Bergbau- und Hüttenbetrieb in Essen beruft nunmehr auf den 25. Februar eine außerordentliche Hauptversammlung zur Beschlußfassung über eine Interessengemeinschaft mit den Rheinischen Stahlwerken in Duisburg-Meiderich. Außerdem stehen Satzungsänderungen und Verlegung des Geschäftsjahres auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni jeden Jahres, sowie Aufsichtsratswahlen auf der Tagesordnung. Wie die Verwaltung dazu mitteilt, soll durch die Interessengemeinschaft ein engerer Zusammenschluß der durch die Gewerkschaft Arenberg-Fortsetzung bereits mit bestem Erfolg verbundenen Werke zur weiteren Bearbeitung eines gemeinschaftlichen Planes auf Steigerung der Leistungsfähigkeit und Wirtschaftlichkeit sämtlicher in der Gemeinschaft vereinigten Betriebe herbeigeführt werden. Die Interessengemeinschaft soll zunächst auf 10 Jahre abgeschlossen werden, mit der Maßgabe, daß Verlängerung um jeweilig 10 Jahre erfolgen kann. Die Gewinne beider Gesellschaften sollen vom 1. Januar 1921 ab zusammengeworfen, auf die Aktien der Rheinischen Stahlwerke wie der A.-G. Arenberg für die ersten 10 Jahre eine Mindestdividende von 20 Proz. gewährleistet werden. In der Zeit vom Abschluß des Vertrages bis zum 1. April 1922, dann wieder vom 1. Oktober 1925 bis zum 30. Juni 1926 und schließlich vom 1. Januar bis 30. Juni 1930 soll jeder Aktionär von Arenberg das Recht haben, die Arenberg-Aktien gegen Aktien der Rheinischen Stahlwerke derart umzutauschen, daß in den beiden ersten Umtauschzeiten für je 12 000 M Arenberg-Aktien je 27 000 M junge Rheinstahl-Aktien und in der letzten Umtauschzeit für je 12 000 M Arenberg-Aktien je 24 000 M junge Rheinstahl-Aktien gewährt werden. Das Inkrafttreten dieses Vertrages wird davon abhängig gemacht, daß die Rheinischen Stahlwerke die Gewähr erhalten, demnächst in den Besitz der Mehrheit der Aktien von Arenberg zu gelangen. Die Aktionäre, die von ihrem Umtauschrecht Gebrauch machen wollen, sollen bis spätestens 19. März 1921 ihre Aktien zum Umtausch anmelden.

* **Maschinenfabrik Grevenbroich.** Diese Gesellschaft erhielt von außereuropäischer Stelle einen Auftrag zur Lieferung von Zuckermaschinen für 20 Mill. Mk. Dabei handelt es sich dieses Mal um die vollständige Einrichtung einer neuen Zuckerfabrik.

* **Berliner Leder- und Schuhbörse.** Der Besuch der ersten Börsenversammlung war über Erwarten zahlreich, und zwar waren sämtliche Interessenten-Gruppen aus Berlin wie außerhalb Berlins vertreten. Die recht lebhafte Aussprache der Beteiligten ergab, daß auf allen Gebieten Bedarf vorhanden ist. Die Käufer verhielten sich aber vielfach abwartend.

* **Das Stickstoffsyndikat** beschloß die Einführung einer Preisklausel, nach der Preisherabsetzungen, welche für Lieferungen bis zum 31. Mai 1921 beschlossen werden, rückwirkend allen Lieferungen ab 1. Dezember 1920 zugute kommen sollen.

* **Eine Krise in der Spielwarenindustrie.** Die deutsche Spielwarenindustrie steht und fällt mit dem Export. Sie ist mehr denn je auf die Ausfuhr angewiesen, die augenblicklich nahezu vollständig stockt, so daß bei längerer Dauer der Krise mit einer Arbeitslosigkeit zu rechnen ist, von der tausende von Arbeitern und Hausgewerbetreibenden mit ihren Familien betroffen werden. Die von der Leipziger Messe beabsichtigte Auslandspropaganda, so erklärt der „Deutsche Spielwarenverband" in Sonneberg in einer Zuschrift an das Leipziger Meßamt, hat daher für die deutsche Spielwarenindustrie als eine der wichtigsten Meßindustrien die allergrößte Bedeutung, und allein von der Bewilligung des für die Leipziger Messe erbetenen Reichszuschusses, ohne den eine wirksame Auslandspropaganda nicht möglich ist, wird es abhängen, ob diese echt deutsche Industrie erhalten bleiben und ihre frühere Stellung auf dem Weltmarkt wiedergewinnen kann. „Von der gesamten deutschen Spielwarenindustrie", so lautet auch das Urteil des „Verbandes Thüringer Spielwaren-Interessenten" (Sonneberg), „wird die Leipziger Messe als Seele des Wirtschaftslebens betrachtet. Sie allein bietet die Gewähr für eine Wiedergesundung unserer Volkswirtschaft, und sie allein ist in der Lage, die abgerissenen Fäden wieder anzuknüpfen."

* **Die Holzpreise** haben sich am Weltmarkt infolge der wesentlich niedrigeren Frachten aus Amerika und der stärkeren Lieferungen aus Finnland und Schweden gesenkt. Finnland bot frei Schiff engl. Häfen gute Ware in vorgeschriebenen Breiten und Längen bereits mit 28 Pfund an. Der deutsche Schnittholzpreis hat für viele Sorten bereits den Weltmarktpreis erreicht. Einzelne Sorten, wie Franzosen- und Holländer-Bohlen, werden von Finnland und aus den nordischen Ländern unter dem in Deutschland geltenden Preis in Frankreich, Holland und Belgien angeboten. Trotzdem wurden bei einem Holzverkaufstermin in Driesen (Neumark) für Rundholz Preise von über 600 Mk. gezahlt, worüber man in Fachkreisen erstaunt ist.

* **Deutscher Wettbewerb in Frankreich.** In Saint Etienne hat der Industriellenverband (Groupement des Industriels) an den Präsidenten der Republik ein Telegramm geschickt, worin auf die durch das Eindringen der deutschen Konkurrenz hervorgerufene schwierige Lage der Industrie hingewiesen wird. Das Verhältnis der Wechselkurse und der Mangel wirtschaftlicher Organisation in Frankreich verhindern die französischen Produzenten, den Deutschen den Rang abzulaufen. Ein behördliches Einschreiten sei dringend erforderlich. Aehnliche Bestrebungen, wie sie sich hier bekunden, treten ja gleichfalls in andern Ländern, auch in den neutralen hervor, haben stellenweise sogar schon zu entsprechenden zollpolitischen Maßnahmen geführt, wenn auch nicht mit der unmittelbar geäußerten Absicht einer Fernhaltung oder Erschwerung der deutschen Konkurrenz. Die Hauptursache liegt, wie jener Verband ganz richtig sagt, in der Valuta. Der Niedergang der deutschen Valuta ist aber im wesentlichen die Folge von Spaa, also größtenteils das Werk der Franzosen selbst.

Amerik. Schlußnotierungen vom 31. Januar 1921.

New York	31. 1.	29. 1.
Baumwolle Loco	14.30	14.75
per Januar	—.—	—.—
Februar	13.85	14.37
März	14.23	14.52
April	14.03	14.60
Mai	14.55	14.82
Juni	14.38	15.00
Juli	14.83	15.12
August	14.33	15.20
September	14.67	15.30
Oktober	14.37	15.35
November	14.83	15.35
Dezember	14.97	15.42

Tendenz: —.

	31. 1.	29. 1.
Zufuhr. i. Atl. Häfen	4000	5000
„ i. Golf-Häfen	24000	18000
„ im Innern	190 0	1000
„ i. Pac. Häfen	3000	—
Export nach England	14000	27000
„ nach d. Kontin.	38000	17000
„ nach Japan	—	—
New-Orleans		
Baumw Loco middl.	14.25	14.25
Baumw. p. März	13.65	14.17
do. „ Mai	13.55	14.37
do. „ Juli	14.09	14.62
do. „ Okt.	14.26	14.85
do. „ Dez.	14.46	14.95

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Hauptredakteur Theodor Wenzel, für den Anzeigen- und Reklameteil: Max Peukes, beide in Münster i. W.

Die glückliche Geburt eines
gesunden Jungen
geben hiermit bekannt
Reg.-Assessor Sümmermann
und Frau Elisabeth geb. Hellraeth.
Münster Ahaus.

Nach Gottes heiligem Willen verschied heute abend 9½ Uhr unser lieber Onkel, Grossonkel, Schwager und Vetter
der Gutsbesitzer
Herr Anton Drüneng-Waldmann
geboren zu Freckenhorst am 13. Juni 1847, starb er daselbst nach kurzer Krankheit, wohlvorbereitet durch einen frommen christlichen Lebenswandel.
Die trauernden Angehörigen.
Freckenhorst, den 29. Januar 1921.
Die Beerdigung findet statt in Warendorf am Donnerstag, d. 3. Februar morgens 8½ Uhr von der Langen-Kettenstr. 25 aus, im Anschluss daran das feierliche Seelenamt in der alten Pfarrkirche.
Das feierliche Seelenamt in Freckenhorst wird Freitag, d. 4. Februar morgens 8½ Uhr in der Pfarrkirche daselbst abgehalten.

Totenbriefe und Gedenkzettel
liefert Westfälische Vereinsdruckerei Königstr. 50.

In das Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 30 die **Einkaufsgenossenschaft selbständiger Bäcker und Konditoren der Aemter Bork, Olfen und Nordkirchen, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung zu Selm,** eingetragen worden. Die Genossenschaft bezweckt die Förderung des Erwerbes und der Wirtschaft der Mitglieder durch den gemeinschaftlichen Einkauf, die Herstellung und den Verkauf der zum Betriebe des Bäcker- und Konditorgewerbes und verwandter Gewerbe erforderlichen Rohstoffe, halb- und ganzfertiger Waren, sowie der Maschinen, Geräte und sonstigen Bedarfsartikel. Der Geschäftsanteil beträgt 500 Mark, die Höchstzahl der Anteile 10.

Vorstandsmitglieder sind:
Heinrich Niehues (Vorsitzender) zu Selm-Beifang,
Wilhelm Fulsting zu Selm Dorf,
Bernard Baumeister zu Selm-Dorf.

Das Statut datiert vom 11. Juli 1920.

Die Bekanntmachungen erfolgen unter der Firma der Genossenschaft im „Weckruf". Bäcker- und Konditoren-Zeitung zu Bochum.

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr. Das erste Geschäftsjahr endet mit dem 31. Dezember 1921.

Die Willenserklärung des Vorstandes erfolgt durch mindestens 2 Mitglieder. Die Zeichnung geschieht in der Weise, daß zwei Mitglieder der Firma ihre Namensunterschrift beifügen.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist in den Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Lüdinghausen, 10. Januar 1921.

Das Amtsgericht.

R. H. Loen
Spediteur
Enschede (Grenze) Holland.
Zollabfertigung, Lagerung
Möbeltransport.

Erholungsheim Meeresstern
Nordseebad Borkum
geleitet von Franziskanerinnen, gewährt Erholungsbedürftigen und Rekonvaleszenten eine ihrem Gesundheitszustande und den Anordnungen ihres Arztes entsprechende Verpflegung. Das Haus ist das ganze Jahr geöffnet. Gute Verpflegung, Zentralheizung und elek. Bäder. Elektrisches Licht. — Näheres und Prospekt durch die
Schwester Oberin.

St. Elisabeth-Verein.
Am Donnerstag, den 3. Februar, Genujungsfest, findet die
Betstunde
für Mitglieder u. Ehrenmitglieder in der St. Aegidikirche nachm. v. 5-6 Uhr statt.

Homeyers
Rauchkräuter
für kurze und lange Pfeife qualmen gut und angenehm, schaden weder Herz noch Lunge
Pfund Mk. 5,00.
Jos. Homeyer, Münster i. W. Bolbeckestr. 2. Bei 5 n. mehr

Bruchleidenden
empfehle
Bruchbänder
mit und ohne Feder, nach Maß angefertigt, unter Garantie für tadellosen Sitz.
A. Sumser,
Münster i. W., Ludgeristraße 82/83.

Kerzen
rein Paraffin, &c., eigene Herstellung, Muster M 2,— in Marken,
Bohnerwachs
bester Qualität.
Vertreter überall gesucht.
H. J. Feddersen,
Chem. Fabrik,
Hildesheim.

Haarflechten
werden von aufgekämmten Haaren billigst angefertigt
Franz Koch,
Neubrückenstraße 55.